NACHRICHTEN
Österreich



# Frankreichs Premierminister vor Absetzung: Krise vertieft sich

Frankreich steht vor einer politischen Krise, da eine Misstrauensabstimmung über Premierminister Michel Barnier bevorsteht. Kann die Regierung dem finanziellen Druck standhalten?

Französische Abgeordnete werden am Mittwoch über einen Misstrauensantrag abstimmen, der voraussichtlich die Regierung von Premierminister Michel Barnier stürzen wird. Das Land kämpft gegen eine sich vertiefende politische Krise und ein erhebliches Haushaltsdefizit.

## Hintergrund der Misstrauensabstimmung

Der Antrag folgt auf Barnier’s Versuch, am Montag Teile des **Haushaltsplans für 2025** durchzusetzen. Dieser beinhaltete Maßnahmen, um das große Loch in den öffentlichen Finanzen Frankreichs zu schließen und das Defizit bis Ende des Jahrzehnts wieder in Einklang mit den Regeln der Europäischen Union zu bringen.

## Umstrittene Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung

Das Finanzierungsgesetz sieht Steuererhöhungen und Haushaltskürzungen im Wert von 60 Milliarden Euro (63 Milliarden Dollar) vor, mit dem Ziel, das Defizit im kommenden Jahr auf 5% zu senken. Einige der Maßnahmen stoßen auf große Ablehnung der Oppositionsparteien, wie zum Beispiel die Verzögerung von Rentenerhöhungen entsprechend der Inflation.

## Politische Dynamik und Regierungskrise

Barnier, der erst seit September als Premierminister einer von Zentristen und Konservativen unterstützten Minderheitsregierung im Amt ist, versuchte, den Haushalt mit einem umstrittenen verfassungsrechtlichen Mechanismus zu verabschieden, der eine Abstimmung im Parlament umging. Dieser Schachzug eröffnete den Abgeordneten jedoch die Möglichkeit, Misstrauensanträge gegen ihn einzureichen – und die linke Opposition hat genau das getan.

## Folgen eines erfolgreichen Misstrauensantrags

Die rechtsextreme National Rally-Partei wird sich ebenfalls der Abstimmung anschließen, nachdem sie keine Zugeständnisse von Barnier in Bezug auf das Finanzierungsgesetz erhalten konnte. Sollte der Misstrauensantrag angenommen werden, könnte dies das Land in ein politisches Chaos stürzen. Seit 1962 wurde keine Regierung mehr durch einen Misstrauensantrag gestürzt, und Barnier würde der am kürzesten amtierende Premierminister Frankreichs in der Geschichte werden. Sein Kabinett müsste bis zur Ernennung einer neuen Führung durch den französischen Präsidenten **Emmanuel Macron** in der Übergangszeit verbleiben.

## Ausblick auf eine instabile politische Zukunft

Es bleibt unklar, wie ein zukünftiger Premierminister in der gespaltenen politischen Landschaft Unterstützung finden kann, um nicht ebenfalls gestürzt zu werden. Das Parlament ist tief in drei Blöcke geteilt: die Zentrumsparteien von Macrons Partei, den rechtsextremen Block von Marine Le Pen und eine Linkskoalition. Diese Blockade hat die Probleme des Haushalts erheblich kompliziert.

## Ökonomische Herausforderungen und Haushaltsdefizit

Am Montag führten Bedenken über die Auswirkungen des politischen Wirbelsturms auf die öffentlichen Finanzen in Frankreich dazu, dass die Kreditkosten der Regierung kurzzeitig über die von **Griechenland** stiegen. Die Staatsverschuldung Frankreichs nähert sich 111% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) – ein Niveau, das seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr erreicht wurde, so die Kreditbewertungsagentur S&P Global Ratings. Dies ist teilweise darauf zurückzuführen, dass der Staat massiv ausgegeben hat, um die Wirtschaft während der Pandemie und der durch Russlands umfassende Invasion in der Ukraine im Februar 2022 ausgelösten Energiekrise zu stützen.

## Prognosen und Kreditbewertung

Die Kreditbewertungsagentur erwartet, dass das Haushaltsdefizit Frankreichs bis Ende des Jahres 6,2% des BIP erreichen wird. Das ist mehr als doppelt so hoch wie das von den EU-Vorschriften festgelegte Limit von 3% und eines der größten Haushaltsdefizite unter den Euro-Ländern. „Frankreich bleibt eine ausgewogene, offene, wohlhabende und diversifizierte Wirtschaft mit einem tiefen Inlandsbestand an privatem Ersparnissen“, erklärte S&P Global Ratings in einer Mitteilung am Freitag. Es wurde jedoch hinzugefügt, dass die Kreditbewertung des Landes sinken könnte, wenn die Regierung „nicht in der Lage sei, ihre großen Haushaltsdefizite zu reduzieren“ oder wenn das Wirtschaftswachstum über einen längeren Zeitraum hinter den Erwartungen der Agentur zurückbleibe.

CNN’s Saskya Vandoorne hat zu diesem Bericht beigetragen.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at